



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
Amt für Justizvollzug und Recht

Verfügung der Abteilung Justizvollzug Nr. 2025/11

Beschleunigung des Verfahrens für Verlegungen in den offenen Vollzug

Bearbeitung: J13
Az.: 4431-004.03 und 1031/11

I. Beschleunigtes Prüfungsverfahren im geschlossenen Vollzug zur Verlegung in den offenen Vollzug

Dieses vereinfachte Verfahren soll allein die „unproblematischen Fälle“ herausfiltern. Bei den Personen der Fallgruppen soll eine längere Aufenthaltsdauer im geschlossenen Vollzug vermieden werden, damit die Aufenthaltsdauer im offenen Vollzug genutzt werden kann. Sofern an irgendeiner Stelle bei diesem Kurzcheck ein Hindernis (Eignungsprüfung gemäß AV) auftaucht, oder eine Abklärung nicht in der vorgegebenen Zeit zu bewältigen ist, wird für diese Gefangenen das Aufnahmeverfahren und die Resozialisierungsplanung wie üblich in der Aufnahmeanstalt erstellt.

Nicht unter die Fallgruppen der Nummern 1 und 2 fallen Selbststeller und festgenommene Strafgefangene:

- mit einer Verurteilung wegen einer Gewalt- oder Sexualstraftat,
- mit einer Verurteilung wegen einer Betäubungsmittelstraftat erheblichen Ausmaßes,
- mit einer Zugehörigkeit zur Organisierten Kriminalität oder
- die in einer Vorverbüßung aufgrund eines Straftatverdachts aus dem offenen in den geschlossenen Vollzug zurückverlegt wurden.

1. Fallgruppe 1 (Selbststeller)

- a. Bei Selbststellern (keine Fluchtgefahr vorhanden) mit einer Vollzugsdauer bis zu drei Jahren wird das Prüfungsverfahren in den Anstalten des geschlossenen Vollzugs für erwachsene Strafgefangene wie folgt durchgeführt:
- Anfrage in der Zentralkartei, ob noch ein weiteres Aufnahmeersuchen vorliegt und
 - Prüfung, ob die/der aufzunehmende Strafgefangene im Entzug ist.

Werden beide Kriterien verneint, erfolgt unmittelbar (also innerhalb von wenigen Tagen) eine Verlegung in den offenen Vollzug. Dort wird die Behandlungsuntersuchung durchgeführt und die Resozialisierungsplanung erstellt.

- b. Alle Selbststeller, bei denen eine sofortige Freigangsprüfung erfolgen soll, werden in den offenen Vollzug verlegt. Die Freigangsprüfung erfolgt sodann dort.

2. Fallgruppe 2 (festgenommene Personen)

Bei festgenommenen Strafgefangenen mit einer Vollzugsdauer bis zu zwei Jahren, die keine akute schwere Suchtproblematik haben, wird das Prüfungsverfahren wie folgt durchgeführt:

- Durchführung des Zugangsgesprächs,
- MESTA Abfrage zu offenen Verfahren – Antwort überprüfen hinsichtlich schwerer Straftat/Hinderungsgrund für Verlegung; eine etwaige Detailnachfrage bei der Staatsanwaltschaft erfolgt ggf. in der JVA Glasmoor,
- Abklärung Suchtproblematik und
- Abklärung des ausländerrechtlichen Status.

3. Fallgruppe 3 (ausschließlich Ersatzfreiheitsstrafe)

Gefangene, die ausschließlich eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, die nicht wegen einer *Gewalt- oder Sexualstraftat* erfolgte, und gegen die in der Untersuchungshaftanstalt keine besonderen Sicherungsmaßnahmen angeordnet wurden, werden direkt in den offenen Vollzug verlegt.

Bei Gefangenen, die ausschließlich eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen und gegen die besondere Sicherungsmaßnahmen angeordnet wurden, wird nach Aufhebung dieser Maßnahmen die Verlegung in den offenen Vollzug gemäß den Kriterien der Fallgruppe 2 geprüft.

4. Verfahren

Dieses Verfahren soll maximal zwei Wochen dauern, danach erfolgt eine Verlegung in den offenen Vollzug. Dort wird die Behandlungsuntersuchung zu Ende geführt und die Resozialisierungsplanung erstellt. Die Aufenthaltsdauer in der Anstalt des geschlossenen Vollzuges muss so knapp bemessen sein, damit im offenen Vollzug ausreichend Zeit bleibt, um die gesetzliche Regelfrist für die Erstellung der Resozialisierungsplanung einzuhalten. Sofern sich bei der weiteren Prüfung eine Nichteignung für den offenen Vollzug ergibt, erfolgt eine Rückverlegung.

II. Verfahren im Übrigen

Bei allen anderen Gefangenen erfolgen die Behandlungsuntersuchung und die Resozialisierungsplanung in der Aufnahmeanstalt. An deren Ende kann u.U. die Feststellung einer Eignung für den offenen Vollzug stehen, so dass direkt von der Aufnahmeabteilung der Anstalt des geschlossenen Vollzuges in den offenen Vollzug verlegt werden und eine vorherige Verlegung in ein anderes Hafthaus oder eine andere Station entfallen kann.

III. Inkrafttreten

Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Verfügung Nr. 2025/01 vom 21. Februar 2025 wird aufgehoben.

Hamburg, den 11. Juli 2025

